

Schaffhauser Nachrichten

Das Intelligenzblatt – seit 1861

164. Jahrgang, Nummer 86

AZ 8200 Schaffhausen

Preis FR. 4.00

www.shn.ch

Schweiz am Wochenende

Bodensee: Akten enthüllen Umweltkandal

Gift gelangte in den Bodensee: Wie es dazu kam und was der Amcor-Konzern vertuschen wollte.

Sandro Büchler

GOLDACH. Der Bodensee ist nicht nur ein Naturparadies, sondern auch der grösste Trinkwasserspeicher Europas. Hier geschah einer der grössten Umweltkämpfe der letzten Jahrzehnte: Zwei Chemieunfälle beim Verpackungskonzern Amcor Flexibles in Goldach SG verschmutzten 2020 und 2021 den Bodensee mit tonnenweise giftigem Löschschaum. Ins Wasser gelangte unter anderem die krebserre-

gende und verbotene Chemikalie PFAS – eine sogenannte «Ewigkeitschemikalie», die sich in der Natur kaum abbaut und sich über die Nahrungskette auch im menschlichen Körper anreichert. Die Behörden wurden über die Vorfälle zunächst nicht informiert. Auch dass die giftige Substanz im Schaum enthalten war, verschwieg der Konzern.

Was wirklich geschah, blieb lange im Dunkeln. Diese Zeitung hatte die ersten Informationen zum Vorfall 2022

publik gemacht – und kämpfte seither um vollständige Transparenz. Zwei Mal musste die Redaktion bis vor Bundesgericht ziehen, weil Amcor (früher Alcan) die Herausgabe der Strafakten verhindern wollte. Zwei Mal bekam die Redaktion recht.

Entscheid des Gerichts ermöglicht Zugang zu Unterlagen

Nun liegen die Akten vor. Sie zeigen: Der Konzern wusste früh vom Risiko, er ignorierte Warnungen der Behörden

und versuchte, den Vorfall kleinzureden. Eine Auswertung von internen Unterlagen, Stellungnahmen, Gutachten und rechtlichen Einschätzungen offenbart: Die Folgen des Chemieunfalls wurden verharmlost, Pflichten verletzt, Warnsysteme versagten – und die Staatsanwaltschaft beliess es bei einer symbolischen Busse.

Die «Schweiz am Wochenende» zeigt erstmals das volle Ausmass des Umweltkandals – und die fragwürdige Rolle der Behörden. **12, 3**

Fall Fabienne W.: Rüge für Berichterstattung der «Rundschau»

BERN. Das SRG-Magazin «Rundschau» hat sich in der Berichterstattung zum Fall Fabienne W. nicht korrekt verhalten. Zu diesem Schluss ist die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) gekommen. Zwei Beiträge wurden ausgestrahlt, die Regierung reichte Beschwerde ein, weil sie das Vorgehen der Journalisten für unangemessen hielt. Die UBI kommt bei ihrer Beurteilung zum Schluss, dass in der ersten Sendung die «journalistische Sorgfaltspflichten nicht ausreichend eingehalten» wurden. Die Beschwerde zum zweiten Beitrag wurde abgewiesen. Wie die Rüge genau begründet ist, wird erst dem schriftlichen Urteil zu entnehmen sein. Bei der Schaffhauser Regierung nimmt man den Entscheid mit Genugtuung zur Kenntnis: «Wir haben in einem Teil recht erhalten und das gibt uns die Gewissheit, dass wir richtig lagen», sagt Regierungsrat Dino Tamagni. In der Beratung wurde vor allem beanstandet, dass das Vorgehen der Behörden weitgehend ausgeblendet und die kritische Distanz zum Opfer nicht eingehalten wurde, ja der Vorwurf der Manipulation wurde in der Beratung sogar explizit erwähnt. Bei der «Rundschau» will man ebenfalls das schriftliche Urteil abwarten, man nehme den Entscheid ernst und zum Anlass, die eigene Arbeit zu reflektieren und aus Fehlern zu lernen. (rob)

Schweizer Armee in desolatem Zustand – und die Zeit drängt

Oberst Stefan Holenstein, einer der profiliertesten und einflussreichsten Milizler, zeichnet im SN-Interview ein düsteres Bild der Schweizer Armee. Und er fordert rasche – auch unpopuläre – Massnahmen.

Bild: Melanie Duchene **18, 9**



gsaat isch gsaat

«Ich schaue täglich, ob man die Höhle schon erahnen kann.»

Iwan Stössel

Der Geologe fährt täglich am Rheinfall vorbei. Durch das aktuelle Niedrigwasser ist dort eine versteckte Höhle im Fels teilweise zu sehen. **117**

«Wir können es schaffen. Aber wir müssen unser Bestes geben.»

Katerina Holásková

Der Captain der VC Kanti gibt sich vor den Playoff-Finalspielen gegen Neuenburg UC optimistisch. **127**



ANZEIGE

industriennacht

Für grosse und kleine Entdecker, die wissen wollen, was hinter den Werktoren regionaler Industriebetriebe passiert.

sh

Donnerstag
12. Juni
2025

Beringen
Neuhausen
Schaffhausen

Jetzt anmelden!
shindustriennacht.ch



Im Gespräch mit Stefan Holenstein, Oberst im Generalstab

«Jetzt muss endlich ein Ruck durch Politik und Bevölkerung!»

Stefan Holenstein ist als Oberst im Generalstab einer der wichtigsten Milizler der Schweizer Armee. Hier ist sein Protokoll der Versäumnisse der letzten Jahre – und ein weitreichender Forderungskatalog zum Schutz der Schweiz.

Interview: Sandro Stoll

«Die Armee ist am Boden. Wir haben sie förmlich kaputtgespart.»

Herr Holenstein, «Warum Zusammenstehen wichtiger ist denn je» heisst der Titel des Referates, das sie am Mittwoch auf Einladung der Kantonalen Offiziersgesellschaft in Neuhausen gehalten haben. Wer muss da zusammenstehen und wofür eigentlich?

Stefan Holenstein: Ich engagiere mich seit 40 Jahren als Milizler in der Armee, aber ich kann mich nicht erinnern, dass ich jemals so besorgt über die geopolitische Lage und den Zustand der Schweizer Armee war. Besorgt weshalb? Weil wir viel zu lange viel zu sorglos waren – und es heute noch sind. Der Ausbruch des Ukraine-Krieges 2022 markierte eine Zeitenwende, und wir stellen fest, dieser Krieg ist gekommen, um zu bleiben. Wir wussten schon damals: Unsere Armee ist in einem bedenklichen Zustand, unsere Rüstungsindustrie schwächelt und es braucht rasch Massnahmen zur Stärkung unserer Verteidigungsbereitschaft.

Aber dann ist nicht viel passiert ... Die erste Reaktion der Politik 2022, die Verteidigungsausgaben bis spätestens 2030 auf ein Prozent des BIP zu erhöhen, war gut, richtig, und sie kam schnell. Diese Finanzplan haben wir sehr begrüßt, ich dachte: Jawohl, jetzt haben wir es als kapiert, nun müssen wir dieses Momentum nutzen und handeln.

In Ihren Augen hatte man die Zeichen der Zeit erkannt ... Wir sahen damals, die Armee ist am Boden. Wir haben sie förmlich kaputtgespart. Nach 20 Jahren «Armee XXI» und dem Beginn des Zeitalters der Friedensdividende ab 1989 stand auch die Schweiz vor einer abgerüsteten Armee. Selbst Armee- und Milizkreise hatten damals ein gewisses Verständnis

Stefan Holenstein
zum Zustand der Schweizer Armee

dafür, sich primär auf die subsidiären Einsätze und weniger auf den Verteidigungsfall zu fokussieren. Das kann die Armee auch hervorragend, das hat sie bewiesen, zum Beispiel während der Coronapandemie. Aber was dabei fast vergessen ging: Eine schlagkräftige, verteidigungsfähige Armee zu haben, wenn es brennt. Das haben wir heute nicht, wir sind im Ernstfall hilflos. Es ist inakzeptabel, die Sicherheit unseres Landes und unserer Bevölkerung nicht zu garantieren. Jetzt muss endlich ein Ruck durch die Politik und die Bevölkerung.

Das heisst konkret?

Wir müssen zwei Gänge hochschalten. Hinter uns liegen drei verlorene Jahre. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren. Die Schweiz ist nicht verteidigungsfähig, das ist bitter, denn an sich verfügt die Armee über ein gutes Gesamtsystem. Überall – am Boden, in der Luft, im Cyber-Raum – verfügen wir über Mittel und das Know-how, um uns zu verteidigen, aber wir sind völlig unvoll-

ständig ausgerüstet. Aktuell hat die Armee einen geradezu fürchterlichen Reformstau, insbesondere bei den Bodensystemen, wie zum Beispiel boden-gestützte Luftverteidigung, Panzerabwehr-Mittel, Panzer oder Artillerie. Die Armee hat einen Plan und klar gesagt, wo die Prioritäten liegen, jetzt liegt der Ball bei der Politik.

Sie sind ranghoher Miliz-Soldat und mithin jemand, der sich seit Langem für die Armee einsetzt. Drückt der Zustand der Armee auch auf die Stimmung im Korps?

Oh ja, wir fühlen uns zunehmend ohnmächtig. Diese anhaltende Apathie des Bundesrats und des Parlaments gegenüber der Armee macht mir grosse Sorgen. Wir haben x-mal auf die heikle sicherheitspolitische Situation hingewiesen und eigentlich wüssten alle, was zu tun wäre. Immerhin stelle ich langsam, aber nur langsam, ein gewisses Umdenken fest, auch in der Bevölkerung. Die Menschen haben begriffen, dass wir in einer schwierigen Zeit leben und eine starke, glaubwürdige Armee brauchen. Es ist doch verantwortungslos, wenn wir unsere motivierten Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten in den Dienst einrücken lassen und dann fehlt es an Grundlegendem, nämlich am Material und zum Teil auch an der persönlichen Ausrüstung, wie beispielsweise Schutzwesten. Das haben unsere Soldaten nicht verdient, das ist mangelnde Wertschätzung gegenüber den Leuten, die sich für die Sicherheit der Schweiz einsetzen. Und man stelle sich nur vor, wir müssten diese Menschen tatsächlich so in den Ernstfall schicken ...

«Viola Amherd hat den nötigen Wechsel von der Chefin VBS zu einer echten Verteidigungsministerin nicht vollzogen.»

Stefan Holenstein
über alt Bundesrätin Amherd

Was mich wundert: Wir haben Armeematerial, das vor sich hin rostet, Probleme mit der IT, eine Bundesrätin, die dem VBS den Rücken kehrt, einen Armee-Chef, der kündigt, und einen handfesten

Skandal beim wichtigsten Schweizer Rüstungsbetrieb. Warum hat da niemand viel früher und vehementer aufgegeht, gerade aus dem Kreis der Armee?

Oh ja, wir fühlen uns zunehmend ohnmächtig. Diese anhaltende Apathie des Bundesrats und des Parlaments gegenüber der Armee macht mir grosse Sorgen. Wir haben x-mal auf die heikle sicherheitspolitische Situation hingewiesen und eigentlich wüssten alle, was zu tun wäre. Immerhin stelle ich langsam, aber nur langsam, ein gewisses Umdenken fest, auch in der Bevölkerung. Die Menschen haben begriffen, dass wir in einer schwierigen Zeit leben und eine starke, glaubwürdige Armee brauchen. Es ist doch verantwortungslos, wenn wir unsere motivierten Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten in den Dienst einrücken lassen und dann fehlt es an Grundlegendem, nämlich am Material und zum Teil auch an der persönlichen Ausrüstung, wie beispielsweise Schutzwesten. Das haben unsere Soldaten nicht verdient, das ist mangelnde Wertschätzung gegenüber den Leuten, die sich für die Sicherheit der Schweiz einsetzen. Und man stelle sich nur vor, wir müssten diese Menschen tatsächlich so in den Ernstfall schicken ...

... und Versäumtes nachholen? Ja, genau, letztlich haben wir uns von Bundesrätin Viola Amherd in Sachen Aufrüstung der Armee viel mehr erhofft. Sie hat gut angefangen mit der gewonnenen Abstimmung über die neuen Kampfjets, hat es dann aber klar verpasst, sich nach dem Einmarsch in der Ukraine vehementer für unsere Landesverteidigung einzusetzen. Sie hat den nötigen Wechsel von der Chefin

«Martin Pfister hat versprochen, notfalls auch eine Steuererhöhung ins Spiel zu bringen.»

Stefan Holenstein
über den neuen VBS-Chef

VBS zu einer echten Verteidigungsministerin nicht vollzogen.

Also trägt Amherd die Verantwortung? Eine Miterantwortung, ja. Die Gesamtverantwortung trägt jedoch der Gesamtbundesrat. So muss auch eine Finanzministerin Karin Keller-Sutter endlich verstehen, dass wir jetzt gott-

friedstutz einfach mehr Geld brauchen für die Armee – Schuldenbremsen hin oder her. Mit dem Sparprogramm allein kommen wir nicht weiter. Es braucht wohl eine Mehrwertsteuer-Erhöhung. Auch hier gilt: Vorwärts machen! Es muss im Bundesrat und Parlament jetzt etwas passieren, wir können nicht länger warten.

Haben Sie mit dem neuen VBS-Chef Martin Pfister bereits gesprochen?

Wir haben unsere Fragen und Anliegen schon im Hearing an ihn gerichtet. Das VBS ist jetzt das Schlüsseldepartement schlechthin, das sieht er genauso. Und er hat uns indirekt versprochen, sich für eine adäquate und schnellere Finanzierung der Armee stark zu machen – sprich, notfalls auch eine Steuererhöhung ins Spiel zu bringen. Das ist unpopulär, aber man muss den Mut haben, das Volk damit zu konfrontieren. Von Bundesrat Pfister erwarteten wir, dass er die Anliegen der Armee in Bern besser vertreibt als Frau Amherd und Allianzen schmiedet, was ihr vor allem letztes Jahr nicht mehr gelang.

Und dann muss er es auch der Bevölkerung erklären, deutsch und deutlich, warum wir viel mehr und sehr rasch in die Armee investieren müssen. Da braucht er auch unsere Unterstützung. Wir müssen den Menschen zeigen, dass

Ein Angriff aus der Luft mit einer ballistischen Rakete oder einem Marschflugkörper gilt potenziell als gefährlichste Bedrohung für die Schweiz in unmittelbarer Zukunft. Wir erwarten keinen terrestrischen Angriff, also ein Vorstoß einer fremden Armee bis an unsere Landesgrenze. Das ist ein falsches Kriegsbild. Aber was in zwei, drei Jahren eintreten könnte, ist eine destabilisierende kriegerische Eskalation in Europa, ein Nato-Bündnisfall, und jedenfalls muss sich Europa dann selber behaupten. Für den oberen Luftraum werden wir ab 2028 die neuen Jets und die Patriot-Abwehrkräfte haben, aber für den mittleren und unteren Luftraum gibt es kein wirkungsvolles Sicherheitsnetz. Das bereitet mir Kopfzerbrechen, nebst anderem auch, zumal es derzeit sehr schwierig ist, geeignete Waffensysteme zu kaufen.

Dieses Gespräch führen wir bei SIG Sauer in Neuhausen. Haben Sie den Auftrag, neue Gewehre und Pistolen für die Armee zu erwerben? Nein, das tun andere. Aber auch bei der einheimischen Rüstungsindustrie haben wir geschlagen. Gerade eben wurde im Parlament ein Vorstoß zur Rettung der einheimischen Rüstungsindustrie gemacht – zu unserem Entsetzen – an einer ihrer letzten Sitzungen nicht durch, weshalb das Geschäft weitere drei Jahre zurückgestellt wurde. Das geht ganz einfach nicht. Punkt. Denn auch hier sind wir viel zu spät!



Stefan Holenstein
im Showroom von
SIG Sauer in Neuhausen.
Bild: Melanie Duchene

«Die Wahlfreiheit geht zu weit. Wir brauchen ein viel restriktiveres Zivildienstgesetz.»

Stefan Holenstein
zur Wehrpflicht

unsere einheimische Rüstungsindustrie mit dem härtesten und rigidesten Kriegsmaterialausfuhrgesetz weltweit drangsaliert. In Friedenszeiten mag das seine Bewandtnis und Berechtigung gehabt haben, aber die Situation präsentiert sich heute komplett anders und die strikte, ablehnende Haltung wird von befreundeten europäischen Staaten nicht mehr verstanden. Wir gelten da nicht mehr als verlässlicher Partner.

Letzte Frage, Wehrpflicht.

Haben wir genug Soldaten?

Wehrpflicht und Milizsystem sind meine grössten Sorgenkindern – mit Abstand! Noch haben wir, auf dem Papier, genug, aber mittelfristig blutet die Armee personell aus. Beim Zivilschutz ist es ähnlich schlimm. Ich bin ein absoluter Verfechter unserer drei Organisationsformen mit Armee, Zivilschutz und Zivildienst. Nur: Artikel 59, Absatz 2 BV spricht vom Zivildienst als Ersatzdienst – als Ersatz für all diejenigen, die einen echten Gewissenskonflikt haben. Mit Einführung der faktischen Wahlfreiheit zwischen Armee und Zivildienst wurde dieser Artikel komplett ad absurdum geführt. Denn heute kann sich jeder Wehrpflichtige auf morgen mit ein, zwei Klicks auf dem Internet-Formular vom Armeedienst absentieren. Diese Einführung geht zu weit und führt dank dem Nachahmer-Effekt dazu, dass jährlich 7000 davon Gebrauch machen. Eine Katastrophe! Es gibt nur zwei Massnahmen dagegen: Wir brauchen ein viel restriktiveres Zivildienstgesetz und müssen das neue Dienstpflichtmodell, konkret die Sicherheitsdienstpflicht, endlich einführen. Damit würde man den Zivilschutz und den Zivildienst zusammenführen. Viola Amherd kam damit im Bundesrat – zu unserem Entsetzen – an einer ihrer letzten Sitzungen nicht durch, weshalb das Geschäft weitere drei Jahre zurückgestellt wurde. Das geht ganz einfach nicht. Punkt. Denn auch hier sind wir viel zu spät!